

Beschluss des Landrats vom 29.08.2019

Nr. 39

19. Medienvielfalt in der Region Basel 2018/948; Protokoll: bw

Miriam Locher (SP) verlangt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

Miriam Locher (SP) dankt für die ausführliche Antwort. Sehr bedauernswert sei, dass das Angebot der Medienlandschaft schwindet, immer mehr Medien vom Bildschirm verschwinden und ein deutlicher Abbau zu spüren ist. Für die Rednerin ist die öffentliche Hand dafür verantwortlich, dass eine breite Medienlandschaft existiert. Regionale Verankerung ist wichtig für eine umfassende und vielschichtige Information der Bevölkerung. Auf nationale Ebene sind Medien auch Thema unter anderem im Rahmen des Mediengesetzes. Erst gestern war zu vernehmen, dass es nun auch darum geht, dass Online-Medien mit viel Textinhalten davon profitieren könnten, dass unterstützend gewirkt wird. Die regionale Verankerung ist der Votantin wichtig. Es gibt Medien mit grossem Mantelteil, wo vor allem der nationale Aspekt stark gewichtet wird. Gerade aber für regionale Aspekte ist es wichtig, dass die Verankerung gegeben ist. Die SP wird deshalb ein Auge auf die weitere Entwicklung der Situation haben.

Marc Schinzel (FDP) befasst sich berufsbedingt schon seit langer Zeit mit der Medienförderung. In der Antwort des Regierungsrats wird gut ausgeführt, dass die Gewährleistung der Pressefreiheit entscheidend ist. Es braucht also vom Staat unabhängige und unbeeinflusste Medien. An Miriam Locher: Nein, der Staat ist nicht für die Medienvielfalt verantwortlich. Er muss die Rahmenbedingungen sicherstellen, sodass die Unabhängigkeit, die Unparteilichkeit und die freie Berichterstattung möglich sind. Der Staat macht genug, indem er selbst über seine Tätigkeit informiert. Es gilt das Transparenzgebot und das Öffentlichkeitsprinzip. Da kann der Staat etwas tun. Die Medien können dies aufnehmen. Die Medienlandschaft mittels Medienförderung zu beeinflussen, ist ein völlig falscher Weg, der jedes Mal schiefging. Das zeigt nun auch die Diskussion auf Bundesebene. Das von Doris Leuthard vorgesehene Gesetz wird vermutlich so nicht durchkommen.

://: Die Interpellation ist erledigt.
